



Referat: Der Partizipationsartikel in der Stadt St.Gallen

Peter Tobler, Integrationsbeauftragter Stadt St.Gallen

Der Partizipationsartikel

Der Partizipationsartikel schafft die Möglichkeit zur politischen Mitsprache der nicht stimmberechtigten Bevölkerung in der Stadt St.Gallen. Das Reglement sieht vor, dass der städtische Ausschuss des kantonalen Dachverbandes "Stimme der Migrantenvereine" die Anliegen der ausländischen Bevölkerung entgegen nimmt und beim Stadtschreiber zu Handen der zuständigen parlamentarischen Kommission einreicht. In den vergangenen drei Jahren wurden fünf Vorstösse von Ausländerinnen/Ausländern und zwei Vorstösse von Jugendlichen eingereicht.

Rückblick

Was kann nun rückwirkend über die drei Jahre Partizipationsartikel in der Stadt St.Gallen gesagt werden und was haben wir eigentlich erwartet?

Nun ich meine, der Wert des Partizipationsartikels soll sich nicht an der Anzahl von Vorstössen messen, sondern daran, dass eine Möglichkeit der Mitsprache für die nicht stimmberechtigte Bevölkerung geschaffen wurden. Die Demokratie misst sich ja auch nicht an der Anzahl von Urnengängen, sondern daran, ob alle Bevölkerungsteile in die Meinungsbildung einbezogen wurden.

Ich möchte nun anhand von vier Sichtweisen die mögliche Voraussetzungen für die politische Partizipation von Migrantinnen/Migranten aufzeigen und damit allfällige Erwartungen, die im Zusammenhang mit dem Partizipationsartikel gemacht wurden aufklären.

Erste Sichtweise: Was weiss man über die Stimmbeteiligung und politische Partizipation der ausländischen Bevölkerung in Kantonen und Gemeinden wo sie Stimmrecht haben? Dazu gibt es zwei Untersuchungen, die besagen dass:

Migranten und Migrantinnen nehmen in der Regel weniger an politischen Abstimmungen teil als die Schweizer Bevölkerung die hier geboren und aufgewachsen ist. Dieses Bild zeigt sich auch bei Eingebürgerten. Auch Eingebürgerte nehmen weniger an Abstimmungen teil als die Schweizer Bevölkerung. Obwohl sie wahlberechtigt sind.

Hier ist es aber wichtig anzufügen, dass die Stimmbeteiligung in der Schweiz generell etwa nur bei 45 % liegt, das heisst, dass also nicht einmal jeder Zweite sein Abstimmungs- und Wahlrecht wahrnimmt.

Diese Politikverdrossenheit zeigt sich auch bei den Parteien, die in den letzten 20 Jahren etwa einen Drittel der Parteibasis und der aktiven Mitglieder eingebüsst haben.

Fazit: Sowohl die Einheimischen wie auch die Zugezogenen sind politisch nicht besonders aktiv.



Zweite Sichtweise: Politische Partizipation muss gelernt werden. Zugewanderte haben diesbezüglich zusätzliche Hürden zu überwinden. Wer ist politisch aktiv? Wir wissen aus Abstimmungsanalysen, dass vor allem bildungsnahe und politisch sozialisierte Menschen sich politisch engagieren. Ebenfalls Menschen, die in ein politisch aktives oder kontrolliertes Umfeld oder Gruppe eingebunden sind.

Politisches Engagement setzt vertieftes Wissen über die lokalen politischen Institutionen und aktuellen Geschäfte voraus. Politische Partizipation muss gelernt und geübt werden. Aber gerade für Zugewanderte, die vielleicht die Sprache nicht kennen und noch weniger unsere politischen Institutionen, bestehen dadurch hohe Hürden. Menschen aus anderen Kulturräumen bringen ihre eigenen, zum Teil negativen Erfahrungen über politische Herrschaftsverhältnisse mit. (Am besten überlebt man, wenn man sich „raus“ hält.) Zudem leben sie hier oft in unsicherem Aufenthaltsstatus und im hiesigen Klima von Überfremdungsängsten neigen sie eher zu Anpassung oder politischer Abstinenz.

Mein Fazit: Politische Partizipation ist ein langwieriger Lern- und Vertrauensprozess in die politischen Institutionen unseres Landes und kann nur in einem Klima der Anerkennung und Teilhabe gedeihen.

Dritte Sichtweise: Das Partizipationsreglement setzt auf Migrantenorganisationen. Die wenigsten Migranten und Migrantinnen sind jedoch organisiert.

Migrantenvereine sind Heimatvereine und primär eine Brücke zur Heimat. Migrantenvereine sind keine etablierten Institutionen, sondern selber einem steten Wandel unterworfen. Oft haben Sie aufgrund fehlender aktiver Mitglieder Mühe ihre Organisationsstrukturen aufrecht zu erhalten und noch viel aufwendiger ist deshalb die Vernetzung mit anderen Migrantenvereinen oder die Arbeit im Rahmen des Dachverbandes.

Zu wenig verbindet die Migrantenvereine untereinander. Was haben TAMILIEN/Tamilinnen mit BELGIERN/Belgierinnen schon gemeinsam?

Zudem sind die Anliegen der Zugewanderten nicht viel anders als die unsrigen und viele gesellschaftliche Anliegen sind bereits in die politische Diskussion aufgenommen und in den Medien sichtbar.

Beim städtischen Ausschuss des Dachverbandes zeigt sich diese Hürde noch viel deutlicher. Was ist das Verbindende dieses Gremiums? Die Funktion der Sammelstelle für politische Anliegen kann es ja nicht sein. Zu lose ist die Verbindung und Kontinuität der Mitglieder untereinander. Und darüber hinaus müsste dieses Gremium stets die Übersicht über den Stand der politischen Geschäfte in der Stadt St.Gallen haben. Ein hoher Anspruch zumal wir von nicht eingebürgerten und stimmberechtigten Menschen reden.

Mein Fazit: Die Partizipationsmöglichkeit der ausländischen Bevölkerung könnte flexibler und einfacher organisiert sein. Vielleicht kann hier die städtische Integrationskommission eine zusätzliche Rolle übernehmen.

Vierte Sichtweise: Den Ausländer/die Ausländerin gibt es nicht. Es gibt nur Menschen mit unterschiedlicher Aufenthaltsberechtigung, unterschiedlicher kultureller Orientierung und unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeit. Von wem reden wir eigentlich, wenn wir von Ausländern reden? Meinen wir den deutschen Arzt, die kanadische Professorin oder die Familie aus Portugal oder Albanien oder den Asylsuchenden aus Somalia?



Für jeden dieser Menschen stellen sich andere existentielle und politische Fragen. Politische Partizipation heisst, sich am Ort wo man lebt einzulassen und gesellschaftliche Verantwortung für sich und sein Lebensumfeld zu übernehmen. Um politisch Einfluss zu nehmen sind jedoch zwei Voraussetzungen notwendig.

1. Der Lebensmittelpunkt muss hier sein. Genau dies ist jedoch zunehmend bei den modernen hochqualifizierten Bildungsnomaden, die weltweit von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz ziehen, nicht der Fall.
2. Politisches Engagement erfordert Zeit. Und Zeit ist das was Migranten und Migrantinnen insbesondere der unteren sozialen Schicht oft nicht haben, weil Sie mit der Bewältigung ihres Alltags vollauf beschäftigt sind. (Ich denke dabei an: Schichtarbeitende, Working Poor, kinderreiche Familien, Alleinerziehende usw.). Kurzum, oft haben sie andere Sorgen als sich politisch zu engagieren.

Fazit: Es gibt immer mehr Menschen, die hier nicht politisch partizipieren wollen (können), weil ihr Lebensmittelpunkt nicht hier ist oder sie ganz andere "Sorgen" und Prioritäten in der Alltagsbewältigung haben.

Schlussbemerkung:

1. Es gibt Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung im Partizipationsartikel, insbesondere die Schnittstelle Behörde und ausländischer Bevölkerung (Ausschuss) weist keine Kontinuität auf. Eine Vereinfachung dieser Schnittstelle ist zu überprüfen. Zudem müsste der Partizipationsartikel bekannter gemacht werden.

Wesentlicher scheint mir jedoch:

2. Dass wir die Partizipationsartikel nicht an der Anzahl der Eingaben messen sollten, sondern an der Sicherstellung des Rechtes zur politischen Mitsprache. Der Partizipationsartikel ist eine gute Sache und ist das momentane Resultat des politisch Machbaren in der Stadt St.Gallen.

3. Die wenigen politischen Vorstösse im Rahmen des Partizipationsartikel sind nicht erstaunlich, denn politische Partizipation liegt sowohl bei Einheimischen wie Zugewanderten nicht im Trend.

Ich meine, wir sollten unserer Erwartungen der Realität anpassen und aus den Ausländern und Ausländerinnen nicht besseren Schweizer machen wollen, als wir selber sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

pt 14 01.2011

